Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Sonnabend, 19. September	Nr. 1217

UNIVERSITY OF CALIFORNIA

Gauleiter Simon zum Fest der deutschen Traube.

Berlin, 19. September. Die Reichshauptstadt steht im Zeichen des Patenweins, im Zeichen des Festes der deutschen Traube und des deutschen Weins. Zu der gleichen Stunde, als am Freitag abend die 150 Ehrengäste aus den Patengauen in Berlin eintrafen, empfing die Gauleitung des Westmarkgaues Koblenz-Trier-Birkenfeld die deutschen Schriftleiter im Haus der deutschen Presse.

Gauleiter Simon wies auf die Bedeutung dieser großen Hilfsaktion der Weinpatenschaft für die deutschen Winzer hin und hob hervor, daß die Weinpatenwoche tatsächlich eine Schicksalfrage für die deutschen Winzer und damit für den westdeutschen Raum überhaupt sei. Bei der Weinpatenschaft handele es sich um eine Selbsthilfe. Staatliche Winzerhilfen habe es bereits in den frühesten Zeiten gegeben.

In launigen Worten schilderte der Gauleiter die Geschichte des Weinbaues durch die Jahrhunderte hindurch: „1753 wurden zum ersten Male Richtpreise für den Wein festgesetzt. In der Systemzeit setzte ein starker Verfall und eine ungeheure Notlage des Winzergewerbes ein. Die Ursachen waren der Versailler Vertrag, die Förderung der Einfuhr ausländischer Weine, erhöhte Zollverträge usw. Der fortschreitende Niedergang des Weinbaues und des Weinhandels endete erst, als der Nationalsozialismus in Deutschland zur Macht kam." Fast die Gesamtheit der deutschen Winzer bilde eine Grenzbevölkerung. An den Grenzen sei ein rein völkischer Wall vorhanden, der jederzeit treu zum Reich und Führer stehe. Erst der Nationalsozialismus habe den Wein zum Volksgetränk gemacht. 1934 hätten zum ersten Male die Städte Düsseldorf und Mülheim an der Ruhr die Patenschaft für ein Weinbaugebiet übernommen. 1935 aber hätten bereits fast alle größeren Städte und Kreise in Deutschland solche Weinpatenschaften übernommen. Dem Nationalsozialismus sei eine wesentliche Förderung des Weinverbrauchs zu verdanken.

Gauleiter Simon gab der Erwartung Ausdruck, daß die kommende Weinwoche zu einer weiteren Entlastung des Winzerstandes führen werde.

Gründung der „Deutschen Gesellschaft für Hygiene".

Dresden, 18. September. Im Vordergrund der Tagung der Hygieniker, die im Rahmen der 94. Versammlung der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte in Dresden stattfand, stand die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Hygiene.

Aufgabe dieser Gesellschaft soll es sein, alle auf dem Gebiete der Hygiene tätigen Kräfte mit dem Ziele zusammenzufassen, das die Mitarbeit für die vorbeugenden technisch-praktischen Maßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege zu schaffen. Außerdem soll die Gesellschaft die hygienische Lehrtätigkeit auf den Hochschulen und in Verbindung hiermit die Heranziehung und Erlüchtigung des Nachwuchses im Sinne der Kameradschaft, Ethik und Ehre der hygienisch-wissenschaftlichen Arbeit sichern.

Eine weitere bedeutsame Aufgabe wird die Gesellschaft darin erblicken, Mittel und Wege aufzufinden, die geeignet sind, den Gedanken einer richtigen, vorbeugenden Gesundheitspflege in alle Kreise unseres Volkes hineinzutragen.

Mit der Führung der Gesellschaft wurde vom Reichsministerium des Innern der Präsident des Reichsgesundheitsamtes, Professor Dr. Hans Reiter, beauftragt. Der Beirat ist aus Vertretern des Ministeriums, des Reichsärzteführers und zahlreicher Vereinigungsgemeinschaften sowie Sozialorganisationen bei der Deutschen Arbeitsfront, des Reichsarbeitsdienstes, der HJ., der NSV. und anderer Parteiformationen sowie aus zahlreichen Einzelpersonen aus Wissenschaft und Praxis zusammengesetzt.

Das künftige Genossenschaftsrecht.

Berlin, 19. September. Der Ausschuß für Genossenschaftsrecht der Akademie für Deutsches Recht, den der Präsident der Akademie, Reichsminister Dr. Frank, im Februar eingesetzt hat und der unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten a. D. Granzow, des Präsidenten der Deutschen Rentenbank und Leiters der Wirtschaftsgruppe „Kreditgenossenschaften", steht, hat inzwischen in einer Reihe von Arbeitssitzungen über grundsätzliche Fragen der künftigen Ausgestaltung des deutschen Genossenschaftsrechts beraten.

Zunächst hat sich der Ausschuß in seinen Beratungen mit den Fragen der genossenschaftlichen Organisation befaßt. Den Erörterungen lagen hierbei Referate von Rechtsanwalt Dr. Lang, dem Anwalt des Deutschen Genossenschaftsverbandes, und Diplom-Landwirt Trumpf, dem Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen —, zugrunde.

Der Ausschuß ist in der Frage der Organisation der Genossenschaft bereits zu einer abschließenden Stellungnahme gelangt. Die Ausarbeitung und Formulierung der Stellungnahme des Ausschusses ist vom Vorsitzenden einer Kommission übertragen worden, der außer ihm Ministerialrat Quasowski und Landgerichtsrat Dr. Schröder vom Reichsjustizministerium, ferner Professor Dr. Ruth und Dozent Dr. Henzler-Frankfurt/Main sowie Direktor Dr. Wichtermann von der Deutschen Rentenbankkreditanstalt und Reichsbankdirektor a. D. Dr. Deumer angehören.

Des weiteren hat sich der Ausschuß mit dem Prüfungswesen der Genossenschaften beschäftigt, wobei Oberregierungsrat Werner-Meier vom Reichsarbeitsministerium und Direktor Letschert (Gewerbebank Kassel) Bericht erstatteten.

Der Ausschuß hat dann unter Zugrundelegung von Referaten von Landgerichtsrat Dr. Schröder und Direktor Dr. Loest von der Deutschen Zentralgenossenschaftskasse die Fragen der Abwicklung und Sanierung bei Zahlungsunfähigkeit und Ueberschuldung erörtert. Auch in diesen Fragen wird die eingesetzte Kommission die Meinung des Ausschusses in abschließenden Berichten zusammenfassend zum Ausdruck bringen.

Das Ergebnis der bisherigen Arbeiten des Ausschusses soll in einer Sitzung, die im Rahmen der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht im Oktober in München stattfinden wird, vor einem größeren Kreise führender Persönlichkeiten des deutschen Rechts- und Wirtschaftslebens und der zuständigen Partei- und Reichsdienststellen bekanntgegeben werden.

Ein liberianisches Dementi.

Hamburg, 19. September. Das Generalkonsulat der Republik Liberia für Deutschland hat den Sitz in Hamburg ist von seiner Regierung ermächtigt worden, die im Auslande verbreiteten Meldungen über angebliche revolutionäre Umtriebe in Liberia zu dementieren. Im gesamten Gebiet der Republik Liberia herrsche vollkommene Ruhe.

Der dänische Reichstag einberufen.

Kopenhagen, 19. September. Der dänische Reichstag ist zum 6. Oktober einberufen worden. In der Eröffnungssitzung wird der Ministerpräsident wie üblich im Namen der Regierung eine Rede halten, in der er sich mit den Vorschlägen befassen wird, die in der kommenden Reichstagssitzung behandelt werden sollen, sowie mit der Politik, die die Regierung zu führen beabsichtigt.

Im Zusammenhang damit stellt die demokratische Politiken fest, es sei nicht zuviel gesagt, daß diese Rede mit ganz besonderem Interesse angehört werden dürfte.

Für Verbot kommunistischer Organisationen in der Schweiz.

Bern, 19. September. Altbundesrat Musy, der dem neuen Nationalrat als Mitglied der Katholisch-Konservativen Partei angehört, hat den Antrag gestellt, daß die kommunistischen Organisationen und die kommunistische Tätigkeit in der Schweiz zu verbieten seien.

Der Bundesrat hat sich am Freitag länger mit dieser Angelegenheit befaßt. Die Anregung von Bundesrat Musy ist von einigen freisinnigen Nationalräten und Mitgliedern des Bauernpartei unterzeichnet.

Marxistenverhaftungen in Estland.

Reval, 19. September. Die politische Polizei hat eine Reihe von marxistisch eingestellten Personen verhaftet, die sich in aufreizender Weise über die Anordnungen der Regierung geäußert hatten; so ist der Generalsekretär des Verbandes der Arbeitergenossenschaften, Meslang, verhaftet worden, weil er entgegen dem Verbot der Regierung Flugblätter gedruckt und verteilt hatte, in denen die Arbeiter zum Streik aufgefordert wurden.

Die Katastrophe der „Pourquoi Pas?"

Kopenhagen, 19. September. Wie aus Reykjavik gemeldet wird, sind die bisher an Land geschwemmten Leichen von 22 Mann der „Pourquoi Pas?" am Freitag nach Reykjavik überführt worden. Sie wurden an Bord von Schiffen von dem katholischen Bischof von Island, dem isländischen Ministerpräsidenten und einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge empfangen und unter Trauergeläut nach einer Leichenhalle gebracht.

Die Trauerfeier soll nach Ankunft einer französischen Abordnung stattfinden, die sich unterwegs nach Island befindet. An Bord des Fahrzeuges, das die Leichen nach Reykjavik brachte, befand sich auch der einzige Ueberlebende der Katastrophe, Eugène Gaudec.

Jüdischer Devisenschmuggel zwischen Wien und Zürich.

Wien, 18. September. Die Polizei ist einem riesigen Devisenschmuggel des jüdischen Rechtsanwaltsanwärters Weinberg und seiner ganzen Familie auf die Spur gekommen. Lediglich ein Bruder Weinbergs, der augenblicklich wegen Devisenschmuggels in Berlin eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und neun Monaten verbüßt, ist an dem Schmuggel nicht beteiligt. Die verschobenen Beträge, die von Wien nach Zürich geleitet wurden, erreichen hunderttausend Schilling.

Abschluß jugoslawisch-rumänischer Verhandlungen.

Belgrad, 19. September. Nach zweitägigen Verhandlungen zwischen den Verkehrsministern Jugoslawiens und Rumäniens ist beschlossen worden, die geplante Donaubrücke nach den rumänischen Vorschlägen zwischen Turnu-Severin und Kladowo zu errichten. An den Verhandlungen beteiligte sich auch Ministerpräsident Stojadinowitsch nach seiner Rückkehr aus der Tschechoslowakei.

Eine amtliche Mitteilung besagt, daß die technischen und finanziellen Einzelheiten noch zu regeln sind. Für Jugoslawien bedeutet der Abschluß die Notwendigkeit, über 100 km neue Eisenbahnlinien zu bauen. Es verlautet, daß Rumänien für diesen Bahnbau einen Beitrag von 150 Millionen Lei zugesagt habe.

Führende belgische Marxisten als Waffenschieber.

Brüssel, 19. September. Ueber die Waffenankaufsversuche der marxistischen spanischen Regierung in Belgien teilt die Nation Belge am Donnerstag bemerkenswerte Einzelheiten mit, aus denen sich ergibt, daß führende Angehörige der marxistischen Belgischen Arbeiterpartei, die mit sechs Ministern im Kabinett van Zeeland vertreten ist, in engsten Beziehungen zu den Beauftragten der Madrider Regierung stehen, die in Belgien kommen, um hier Waffen und Kriegsmaterial für die roten Truppen zu kaufen.

Das Blatt berichtet, daß ein Beauftragter der spanischen Regierung, ein Hauptmann Huesca, zu Zuge zwischen Brüssel und Antwerpen seine Mappe mit zahlreichen Schriftstücken verloren habe. Die Mappe wurde von Eisenbahnbeamten gefunden, und dadurch bekam man von den interessanten Schriftstücken, die sie enthielt, Kenntnis. In einem dieser Schriftstücke heißt es, daß sich Hauptmann Huesca wegen der Waffenlieferungen an den Generalsekretär der Belgischen Arbeiterpartei, Jean Delbigne, wenden möge.

Delbigne selbst ist erst vor kurzem von einer Reise nach Spanien zurückgekehrt, und es ist anzunehmen, daß seine Reise mit den Anweisungen im Zusammenhang steht, die Huesca gegeben worden sind. Eine weitere interessante Beleuchtung erfährt diese Angelegenheit dadurch, daß nach den Mitteilungen des erwähnten Blattes Generalsekretär Delbigne der Sohn eines ehemaligen Lütticher Abgeordneten ist, der von der Regierung von Zeeland in Vorschlag gebracht worden ist, um als Königlicher Kommissar die Kontrolle über die Rüstungsfabrikation in Belgien in die Wege zu leiten(!).

Schwere Verluste der Roten bei Talavera.

Hendaye, 19. September. Dem Rundfunksender Palma de Mallorca zufolge sind acht verantwortliche militärische Leiter der roten Milizen in Katalonien erschossen worden, weil sie für die Niederlage verantwortlich gemacht worden sind, die die roten Truppen an der Saragossa-Front erlitten haben.

Die Kämpfe bei Talavera sind bisher für die Roten außerordentlich verlustreich verlaufen. Der Rundfunksender von Sevilla meldet, daß die Roten 4000 Tote und 1000 Gefangene in diesen Kampfabschnitt verloren hätten. Im letzten Gefecht hätten die nationalen Truppen ihren Gegnern zwei Tanks und zwei Panzerwagen abgenommen und ein rotes Jagdflugzeug abgeschossen; weiter seien zwei rote Flugzeuge an der Front von Saragossa abgeschossen worden.

Die Stadt Vitoria (Nordspanien) wurde von acht roten Flugzeugen mit Bomben belegt, die jedoch keinen nennenswerten Schaden angerichtet haben.

In Ronda (Provinz Malaga), das vor einigen Tagen von den nationalen Truppen genommen worden ist, sind bisher 512 Morde festgestellt worden, die die Roten begangen haben.

Schwere Kämpfe an der Bahn Burgos—San Sebastian.

Hendaye, 18. September. Nach einer Meldung des Rundfunksenders Burgos ist es am Donnerstag zu einem lebhaften Gefecht in der Provinz Guipuzcoa an der Bahnstrecke Burgos—San Sebastian gekommen. Im Laufe des Kampfes mußten sich die marxistischen Streitkräfte zurückziehen, konnten aber vorher noch einen Eisenbahnabschnitt sprengen. Die nationalistischen Truppen besetzten Ormaiztegui, das die letzte Stellung der Roten an dieser Bahnstrecke war. Die Arbeiten zum Wiederaufbau des Viadukts wurden sofort aufgenommen, damit der für die nationalistischen Truppen äußerst wichtige Bahnverkehr zwischen Burgos, dem Hauptsitz der nationalistischen Regierung und San Sebastian möglichst bald begonnen werden kann.

Rücktritt des spanischen Konsuls in Kapstadt.

London, 18. September. Der spanische Konsul in Kapstadt, Nunez del Rio, ist von seinem Posten zurückgetreten, mit der Begründung, daß er Nationalist, Katholik und Antikommunist sei.

General Queipo de Llano über die Kriegslage.

Lissabon, 19. September. In seiner Abendansprache im Sender Sevilla erklärte General Queipo de Llano am Freitag, daß der Alcazar in Toledo entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht völlig zerstört sei. Sollte dieser Fall aber eintreten, so würden sich die Nationalisten auf den Ruinen weiter verteidigen.

Auf die Kriegslage an den übrigen Fronten eingehend, berichtete der General, daß die Marxisten bei Malaga wichtige Stellungen aufgeben mußten, die von den Nationalisten besetzt wurden. Die aus Galicien vorstoßenden Truppen ständen unter Führung des Obersten Aranda 27 km westlich von Oviedo. In der Gegend von Talavera hätten die Nationalisten ihre Stellungen weiter festigen können. Sie hätten dort ferner 12 Lastwagen erobert und die Begleitmannschaften niedergemacht.

Weiter berichtete General Queipo de Llano über schwere Kämpfe an der portugiesischen Grenze in der Nähe von Badajoz mit roten Grubenarbeitern vom Rio Tinto, die anscheinend versucht haben, aus dem bereits vor einiger Zeit von den Nationalisten besetzten Rio Tinto-Gebiet nach Portugal durchzubrechen. Die roten Arbeiter wurden in die Flucht geschlagen und ließen 80 Tote sowie 30 Verletzte zurück.

Schließlich forderte der General das Diplomatische Korps auf, in die von den Nationalisten besetzte Stadt San Sebastian zurückzukehren.

Der griechische Kommunistenführer verhaftet.

Athen, 18. September. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei in Griechenland, Zachariades, ist verhaftet worden.

Selbstverwaltung für die türkische Minderheit in Syrien?

Istanbul, 19. September. Außenminister Aras beabsichtigt, nach Genf und anschließend nach Paris zu reisen. Der Außenminister will mit der französischen Regierung über die Gewährung der Selbstverwaltung für die türkische Minderheit im Gebiet von Alexandrette und im nördlichen Syrien verhandeln. Die türkische Presse unterstützt die Forderung nachdrücklich.

Die gespannte Lage in Palästina.

Jerusalem, 19. September. Seit dem Verbot des allpalästinischen Kongresses hat sich die Stimmung unter den Arabern außerordentlich verdichtet. Auf dem Lande und in der Stadt antworteten die Vertretungen der Araber auf Befragen der örtlichen Regierungsvertreter, daß man ohne ein englisches Entgegenkommen nicht in der Lage sei, den Streik abzubrechen.

Die arabische Zeitung Falastin, die offen für den Streikabbruch eintrat, wurde in Massen auf der Straße verbrannt. Täglich kommt es zu neuen Gefechten zwischen den Truppen und arabischen Freischärlern. Immer wieder laufen Nachrichten über neue Sabotageakte an Eisenbahnlinien, Straßen und Oelleitungen ein.

Wieder ein Japaner in China ermordet.

Tokio, 19. September. Nach einer Meldung aus Hankau wurde in der Nacht zum Sonnabend ein Polizist des dortigen japanischen Konsulats von Chinesen ermordet. Ungefähr zur gleichen Zeit wurde auf einem Bahnhof kurz vor Hankau ein japanischer Oberstleutnant, der aus Mandschukuo kam, von einer demonstrierenden Menge überfallen, so daß er sich nur durch eilige Flucht retten konnte. Sein Paß, Geld und wichtige Schriftstücke waren ihm vorher aus dem Abteil gestohlen worden.

In politischen Kreisen wird betont, daß diese Zwischenfälle, die im Anschluß an Kundgebungen anläßlich der fünfjährigen Wiederkehr der Besetzung Mandschukuos durch japanische Truppen erfolgt seien, nicht ernst genug genommen werden könnten.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.